

Streit, Manfred E.

Article — Digitized Version

Ordnungspolitische Überlegungen zur Systemkrise in der DDR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Streit, Manfred E. (1989) : Ordnungspolitische Überlegungen zur Systemkrise in der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 12, pp. 600-604

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136586>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Manfred E. Streit

Ordnungspolitische Überlegungen zur Systemkrise in der DDR

Mit dem unwiderstehlichen Wunsch nach Freiheit, mit dem nunmehr schmerzlich erlebten Wohlstandsgefälle gegenüber dem benachbarten marktwirtschaftlichen System, mit der Verbitterung, die aus dem Gefühl erwächst, von einer autoritären Wirtschaftsplanung um Früchte jahrzehntelanger Arbeit betrogen worden zu sein, stehen die Bürger der DDR nicht allein. Innerhalb und außerhalb Europas sind die latenten Krisen planwirtschaftlicher Systeme ausgebrochen. Bestätigt wird damit eine Vermutung, die ordnungstheoretisch schon vor 70 Jahren (v. Mises) begründet wurde: Die frustrierende Unwirtschaftlichkeit und Entwicklungsschwäche von Planwirtschaften ist systemimmanent. Der Versuch, ihr Scheitern mit korrupten und unfähigen Funktionären sowie unzulänglichen Planungstechniken zu erklären, geht am Kern des Problems vorbei. Er ist bestenfalls zum Selbstbetrug geeignet.

Keine befriedigenden Lösungen

Zentrale Planwirtschaften sind zur Unwirtschaftlichkeit verurteilt, weil sie keine überzeugenden organisatorischen Lösungen für die Probleme bieten, die grundsätzlich bei jeder erfolgreichen Arbeitsteilung bewältigt werden müssen:

- Das Wissensproblem: Arbeitsteilung bedeutet auch Wissensteilung; ein Befund, den anzunehmen v. Hayek nie müde wird. Millionen Bürger müssen dazu veranlaßt sein, Wissen über Konsummöglichkeiten, Fähigkeiten, Produktionstechniken, Standortqualitäten und ertragsversprechende Produktionsumwege zu erwerben und zu nutzen, und die Nutzung muß koordiniert werden.
- Das Anreizproblem: Umfang und Qualität des individuellen Beitrags zum arbeitsteiligen Wirtschaften sind anreizbedingt. Mehr noch als der verschwendungsarme

Umgang mit knappen Mitteln im Rahmen des Bisherigen erfordert die Innovationstätigkeit wirksame Leistungskontrollen und Leistungsprämien.

Für beide Probleme gibt es in der Zentralverwaltungswirtschaft keine befriedigenden Lösungen:

Zentrale Planung ist mit dem hoffnungslosen Versuch verbunden, eine Aufgabe zu erfüllen, für die ein Wissen benötigt wird, das in seiner Gesamtheit einer Gruppe von Planern auch nicht annähernd verfügbar sein kann. Demgegenüber stellen marktbestimmte Preise die bisher beste Anpassung an dieses Wissensproblem dar; mit ihnen wird in kodierter Form das ökonomisch relevante Wissen von Millionen Individuen kommuniziert. Entsprechend der Reichweite der bei zentraler Planung auf gänzlich unbefriedigender Wissensgrundlage zu treffenden Entscheidungen wiegen dort die Folgen von unvermeidbaren Irrtümern besonders schwer. Zentrale Planung läßt im Unterschied zu dezentralen, wettbewerblich kontrollierten Entscheidungen für Fehlerkompensation wenig Raum. Sie bewirkt eher eine Potenzierung der Folgen von Irrtümern.

Das ungelöste Anreizproblem ist die Folge des sozialistischen Anliegens, die Verteilungsfrage möglichst getrennt von den Allokationsfragen nach materiellen Gerechtigkeitsvorstellungen zu beantworten. Kollektiveigentum an Produktionsmitteln bedeutet, daß – anders als bei Privateigentum – die Verfügung über knappe Ressourcen von der Zuweisung von Verfügungsfolgen abgekoppelt wird. Infolgedessen ist es erforderlich, andere Mechanismen zu entwickeln, mit deren Hilfe Verantwortung für ökonomische Entscheidungen zugewiesen werden kann. Bislang sind alle Versuche gescheitert, ein Anreizsystem zu entwickeln, das auch nur annähernd eine solche disziplinierende sowie schöpferische Energien freisetzende Wirkung hätte, wie sie für die wettbewerbliche Kontrolle der Verfügung über Privateigentum beobachtet werden kann.

Mit der zentralen Planung sind die wirtschaftlichen Freiheitsrechte unvereinbar, deren eigenverantwortli-

Prof. Dr. Manfred E. Streit, 50, ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Mannheim.

che Nutzung unter Einsatz von Privateigentum zugleich der Entwicklungsmotor von Marktwirtschaften ist. Zentrale Planung macht es unumgänglich, die Bürger den Planungsanweisungen zu unterwerfen. Wirtschaften wird zu einer öffentlichen und damit auch zu einer politischen Angelegenheit. Dementsprechend vergrößert sich das Problem der Kontrolle der politisch Handelnden. Die Gefahr für die Freiheit, die von einer im Vergleich zum Kapitalismus extremen Konzentration von Besitzmacht in den Händen der Staatsorgane ausgeht, wird durch die Geschichte der sozialistischen Staaten eindrucksvoll belegt. Belegt wird auch die Euckensche Erkenntnis, daß ökonomische und politische Ordnung interdependent sind; eine Erkenntnis, die in der gegenwärtigen Reformdiskussion nicht selten unberücksichtigt bleibt.

Zweifacher Irrtum

Das Scheitern der Planwirtschaften wird weder in den davon unmittelbar betroffenen Ländern noch anderswo einhellig als Systemversagen diagnostiziert. Vielmehr sind auch Versuche beobachtbar, zwischen dem reformbedürftigen, real existierenden Sozialismus und der zu realisierenden sozialistischen Idee zu unterscheiden. Sammelbegriff für derartige Differenzierungsübungen ist der demokratische Sozialismus. Sein Gebrauch dürfte weltanschauliche Überzeugungen widerspiegeln, die letztlich von der Sehnsucht nach einer konfliktfreien Welt solidarischer Gleichheit getragen werden. Die Sehnsucht muß unbenommen bleiben. Daß sie jedoch wenig hilfreich ist, sich mit den ökonomischen Notwendigkeiten auseinanderzusetzen, kann nicht oft genug betont werden.

Ordnungstheoretisch signalisieren die Begriffselemente Demokratie und Sozialismus einen zweifachen, zusammengenommen verhängnisvollen Irrtum:

- eine Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Demokratie als Entscheidungsverfahren und
- eine Unterschätzung der Wissens- und Anreizprobleme einer auf Gemeineigentum beruhenden Wirtschaftsordnung.

Die Überschätzung des demokratischen Entscheidungsverfahrens wird bereits überdeutlich, wenn lediglich die Erfahrungen mit der wirtschaftspolitischen Willensbildung in demokratisch verfaßten Staaten mit marktwirtschaftlichen Ordnungen berücksichtigt werden. Die unübersehbare Kluft, die häufig zwischen politischer und ökonomischer Rationalität der Entscheidungen besteht, ist inzwischen systematisch analysiert worden. Dabei traten die immanenten Grenzen des demokratischen Entscheidungsverfahrens klar zutage. Der

Zuspruch, den das Verfahren dennoch und völlig zu Recht erhält, ist anderer Art: Es erlaubt, das unvermeidbare Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und politischer Herrschaft erträglich zu halten. Etwas Besseres ist unbekannt. Daraus folgt jedoch nicht, daß die Ergebnisse des Verfahrens notwendig als gut beurteilt werden müssen. Zu diesem Schluß kommt nur, wer in der Tradition von Rousseau die Ergebnisse mit der Fiktion des Gemeinwohls gleichsetzt.

Fatale Fehleinschätzung

Diese Fehleinschätzung wirkt sich fatal aus, wenn demokratisch legitimierten Entscheidungen die Schlüsselrolle in einem ökonomischen System zugewiesen wird, das sowohl die gesellschaftlichen Gestaltungsbegehren des Sozialismus befriedigen als auch das Allokationspotential des Marktes nutzen soll. Zwar sind auch gegenwärtig die konzeptionellen Erläuterungen dieser Ordnungsvorstellung, die ökonomisch häufig als sozialistische Marktwirtschaft thematisiert wird, auffällig unbestimmt. Dennoch zeichnet sich eine Grundstruktur ab. Sie dürfte darin bestehen,

- daß die Lösung der kurzfristigen Gegenwartsprobleme einer Koordination von Produktion und Konsum dem Markt und dem Wettbewerb möglichst demokratisch kontrollierter, vorwiegend im Gemeineigentum stehender Unternehmen überlassen werden soll, und
- daß die Lösung der Zukunftsprobleme einer Gestaltung der Wirtschaftsstruktur und Kontrolle des technischen Fortschritts ausschließlich demokratisch legitimierten staatlichen Institutionen und gesellschaftlich relevanten Gruppen zugewiesen werden soll.

Damit wird einmal die Tradition der Anmaßung von Wissen hinsichtlich der Planbarkeit und Kontrollierbarkeit ökonomischer Entwicklung fortgesetzt. Ferner wird das Problem der intertemporalen Allokation so angegangen, als ob ökonomische Gegenwart und Zukunft voneinander unabhängig seien. Nur dann wäre der widerspruchsfreie Einsatz von zwei unterschiedlichen Allokationsverfahren – Markt und Plan – denkbar. Infolgedessen ist zu erwarten, daß die ungeplanten Signale des Marktes immer dann beiseite geschoben werden, wenn sie der politisch geplanten Zukunft zuwiderlaufen.

Kollektive Verantwortungslosigkeit

Selbst wenn möglichst viele Entscheidungen auf die Ebene der Unternehmen verlagert werden, müssen die Anreizfolgen von Gemeineigentum und der Anwendung des demokratischen Entscheidungsverfahrens berücksichtigt werden. Für die Unternehmensebene ist das einmal mit vielen Vorschußlorbeeren versehene jugosla-

wische Modell ein Lehrstück dafür, wie sehr sich die Arbeiterselbstverwaltung des Gemeineigentums vom wettbewerblich kontrollierten Einsatz des Privateigentums unterscheidet. Ihre unbefriedigende Allokations- und Entwicklungsqualität ist ebenso evident und systematisch erklärbar wie der risikolose Gebrauch von Gemeineigentum durch die sich selbst Verwaltenden zum eigenen und nicht zum Nutzen der Gesellschaft.

Ähnlich problematisch sind die gedachten Entscheidungsstrukturen auf höherer Ebene. Hier genügt der Blick auf korporativistisch-syndikalistisch strukturierte Organe im real existierenden Kapitalismus (z. B. solche im Gesundheitswesen), um die Gefahren zu sehen: Zeitraubende, durch strategische Informationsverzerrungen geprägte Verhandlungen sind zu erwarten, in denen die Teilnehmer Risiken hin und her schieben und sich der Verantwortung gegenüber den von ihnen Vertretenen durch vollmundige Erklärungen zu entziehen suchen. Wenn immer möglich, werden Interessenkonflikte zu Lasten Unbeteiligter gelöst. Kollektive Verantwortungslosigkeit und entwicklungsfeindliches Beharren auf Interessenpositionen sind wesentlich wahrscheinlicher, da im Anreizsystem angelegt, als eine Gestaltung der Zukunft im Interesse aller Bürger.

Der sozialistische Traum, die Ergebnisse der Arbeitsteilung demokratisch zu planen sowie nach Gerechtigkeitsvorstellungen zu verteilen, und den Markt zu nutzen, um die Misere zentraler Planung zu vermeiden, wird nach allem, was wir positiv wissen, ein Traum bleiben müssen. Reformen in dieser Richtung sind zum Scheitern verurteilt.

Legitimation des Systemwechsels

Eine erfolgversprechende Antwort auf die Systemkrise in der DDR und in anderen sozialistischen Volkswirtschaften kann aus der Sicht des Ökonomen nur mit einem Systemwechsel hin zur marktwirtschaftlichen Ordnung gegeben werden. Deren konkrete Ausprägung ist gestaltbar und nicht an das Beispiel der Bundesrepublik gebunden, wenngleich sein Erfolg evident ist. Der real existierende Kapitalismus ist wesentlich vielfältiger und darüber hinaus institutionellen Innovationen zugänglich. Er gerät jedoch in der Regel um so eher in Schwierigkeiten, je mehr die Trennung von demokratisch kontrolliertem, staatlichem Sektor und wettbewerblich kontrolliertem, privatem Sektor durch Versuche durchbrochen wird, Marktergebnisse nach politisch bestimmten Zielen zu gestalten.

Systemfragen sind Ordnungsfragen und als solche politische Fragen. Wird Demokratie ernst genommen, so bedürfen die Antworten einer entsprechenden Legiti-

mation. Sie ist in der DDR aufgrund der bestehenden politischen Verfassung und der durch sie geprägten politischen Herrschaft offensichtlich nicht herstellbar. Damit entsteht ein besonderes Übergangsproblem. Freie, gleiche und geheime Wahlen, die Entscheidungen von Verfassungsrang voranzutreiben hätten, müssen vorbereitet werden. Die Ordnungsalternativen müssen diskutiert und mit zum Gegenstand der Wählerentscheidung gemacht werden. Das braucht Zeit, in der aber die erdrückenden ökonomischen Schwierigkeiten der DDR, vor allem die Gefahr der Auszehrung durch Abwanderung nicht beiseite geschoben werden können.

Zu fragen bleibt jedoch, wie offen die ordnungspolitische Gesamtentscheidung (Eucken) gehalten werden kann, wenn berücksichtigt wird,

- daß die unter Demokratisierungsdruck erfolgte Öffnung der DDR im Innern wie nach außen lediglich unter Bedingungen reversibel ist, die für die meisten Bürger in Ost und West eine Schreckensvision darstellen dürften;
- daß die Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowohl kurzfristig als auch mittelfristig eine verstärkte Integration in die Arbeitsteilung vor allem der westeuropäischen Marktwirtschaften erforderlich macht, unbeschadet der Möglichkeiten, die eine Abkehr des bisherigen RGW von der unproduktiven sozialistischen Arbeitsverteilung eröffnen mag;
- daß eine zukünftige Entscheidung zugunsten eines Modells „demokratischer Sozialismus“ wiederum nicht ohne Inanspruchnahme von Ressourcen westlicher Marktwirtschaften umsetzbar wäre, die jedoch angesichts der ökonomischen Fragwürdigkeit einer solcher Entscheidung kaum in dem Maße und mit den produktivitätserhöhenden Wirkungen möglich wäre, wie dies bei einem Systemwechsel zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung erwartet werden kann.

Unverzichtbares privates Kapital

Vermutet wird also, daß die Chance äußerst gering ist die Antwort auf die Systemfrage auch dann noch völlig offen halten zu können, wenn ihre demokratische Legitimation noch längere Zeit benötigen sollte. Sie kann nur für den offen bleiben, der entweder die Freizügigkeit der DDR-Bürger vorübergehend wieder wirksam einschränkt oder von den westlichen Marktwirtschaften, insbesondere von der Bundesrepublik, nicht ökonomische Kooperation, sondern bedingungs- und grenzenlose Solidarität mit den durch den Sozialismus gebeutelten Menschen einfordert. Dies wäre eine Forderung, die wohl weit über das hinausginge, was Humanität und politische Vernunft gebieten.

Aber auch solche zwischenstaatliche Hilfe, die sich humanitär und durch Fortschritte im Demokratisierungsprozeß in der DDR politisch gegenüber den in Anspruch genommenen Steuerzahlern der Bundesrepublik begründen läßt, kann nicht das leisten, was die Volkswirtschaft der DDR dringend benötigt: Kapital und technisches Wissen zur Modernisierung ihrer Produktion sowie der komplementären Infrastruktur. Hier bleibt für sie nur der Weg zu den Kapitalmärkten. Um jedoch privates Kapital attrahieren zu können, müssen entsprechende binnenwirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden. Diese weichen um so mehr von den Prinzipien sozialistischer Wirtschaftsordnung ab, je größer der ökonomische Vorteil für die Volkswirtschaft der DDR sein soll, der mit dem Kapitalimport angestrebt wird.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß die Reformen, die mit dem Ziel einer Erneuerung des Sozialismus in der DDR angemahnt werden, auch nach den Erfahrungen in benachbarten sozialistischen Ländern keine überzeugenden ökonomischen Interpretationen zulassen, es sei denn unter den Funktionsbedingungen einer Marktwirtschaft. Das mag nicht allen, die eine Erneuerung des Sozialismus fordern, nach 40 Jahren sozialistischer Praxis unbedingt bewußt sein. Es ändert aber nichts an den ökonomischen Sachgesetzmäßigkeiten, solange keine völlig neue Möglichkeit des Umgangs mit dem Problem der Knappheit entdeckt wird.

Andere Startbedingungen

Widerstand gegen einen konsequenten Systemwechsel dürfte nicht nur weltanschaulich begründet sein, sondern auch durch Furcht vor unvermeidbaren Anpassungslasten. Sie hinnehmbar zu verteilen, ist ein besonderes Problem. Es kann nur bedingt mit demjenigen verglichen werden, welches beim Systemwechsel der späteren Bundesrepublik bestand, der mit der Währungsreform von 1948 begann. Hier ist unter anderem zu berücksichtigen,

- daß die meisten Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg nichts zu verlieren hatten, der Rawlssche Schleier der Ungewißheit vor der ökonomischen Zukunft besonders dicht war, während die Bürger in der DDR heute einen, wenn auch bescheidenen Wohlstand erreicht haben;
- daß die Bürger der späteren Bundesrepublik in einem in Schutt und Asche liegenden Europa lebten und darüber hinaus von ihren Nachbarn zunächst isoliert waren, während die Bürger der DDR im Sog eines beträchtlichen Wohlstandsunterschiedes zu einem Nachbarn stehen, mit dem sie zudem sehr viel verbindet;
- daß vor der Währungsreform eine zerrüttete, ohnehin vom Schwarzmarkt weitgehend verdrängte Reichs-

mark stand, während für die Mark (Ost) neben einer möglicherweise zurückgestauten Inflation vor allem eine durch Subventionen verzerrte Preisstruktur besteht, die nicht unbedingt als ökonomischer Selbstbezug, sondern unter Umständen als sozialistische Errungenschaft wahrgenommen wird;

daß am Beginn der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung im Westen wie im Osten ein ruiniertes System der sozialen Sicherung stand, dessen heutiger Entwicklungsstand in der DDR als Besonderheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung mißverstanden werden kann, obgleich die Bundesrepublik auf diesem Felde der DDR nicht nachstehen dürfte;

daß beim Systemwechsel in der Bundesrepublik zu einem beträchtlichen Teil an eine marktwirtschaftliche, institutionelle (rechtliche) Tradition wieder angeknüpft werden konnte, die von der nationalsozialistischen Planwirtschaft lediglich unterbrochen, aber nicht ausgelöscht worden war, während 40 Jahre Sozialismus in der DDR die institutionelle Infrastruktur total verändert haben und weitgehend einen Neuanfang erfordern dürften.

Es ist also nur bedingt möglich, die Erfahrungen mit dem Systemwechsel zu Beginn der Bundesrepublik bei der Lösung der gegenwärtigen Übergangsprobleme hinzuzuziehen. Andererseits sind die Erfahrungen aber auch besonders wertvoll, da der Systemwechsel im Unterschied zum Systemvergleich nicht zu den wissenschaftlich intensiv bearbeiteten Problemfeldern gehört. Ergebnisse des Systemvergleichs sind vor allem von Bedeutung, wenn es darum geht, falsche Weichenstellungen bei Zwischenschritten zu vermeiden.

Beides soll an einigen ausgewählten Problemen skizziert werden, die bei einem Systemwechsel zu lösen sind und die auch in der DDR diskutiert werden.

Einige Beispiele

Preisreform kann nur Preisfreigabe bedeuten. Diese macht jedoch nur Sinn, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß freie Preise auch ihre Signal- und Lenkungsfunktionen wahrnehmen können. Damit es auch zu Angebotsreaktionen kommt, müssen vor allem die Unternehmen eigenverantwortliche Dispositionsfreiheit erhalten. Diese wiederum erfordert Schritte zu einer neuen Eigentumsordnung. Die Preisfreigabe muß sich, wie das historische Beispiel lehrt, nicht notwendig sofort auf alle Sektoren erstrecken. Werden zur kurzfristigen Verringerung von Anpassungslasten Sektoren ausgenommen (z. B. Landwirtschaft, Bergbau, Wohnungswirtschaft), kann jedoch daraus mittelfristig ein politischer Besitzstand werden, der

Strukturprobleme schafft. Auch das lehrt das historische Beispiel. Preisfreigabe ohne Abbau der massiven Subventionierung vieler Konsumgüter würde Fortsetzung dessen bedeuten, was als Ausverkauf der DDR zu einem Ärgernis ihrer Bürger geworden ist, ohne daß sie sich notwendigerweise der Ursache bewußt sind. Abbau der Subventionen erfordert aber auch Übertragung der subventionsgebundenen Kaufkraft an die Verbraucher, wenn Realeinkommenseinbußen vermieden werden sollen.

Trifft es zu, daß neben verzerrten Preisen ein beträchtlicher Geldüberhang besteht, ist eine Währungsreform unumgänglich, wenn die Preisfreigabe nicht durch inflatorische Prozesse überlagert werden soll. Eine Währungsreform macht wiederum nur Sinn, wenn eine stabilitätsgerechte Geldversorgung gesichert wird. Das setzt eine unabhängige, auf Erhaltung der Geldwertstabilität verpflichtete Notenbank voraus. Sowohl bei der Währungsreform als auch bei der Notenbankverfassung liefert das historische Beispiel Anhaltspunkte. Im Hinblick auf die dabei anfallenden Lasten, vor allem für die Bezieher von Transfereinkommen, ist es aber auch nötig, für einen Lastenausgleich zu sorgen. Er dürfte kaum zeitlich so gestreckt werden können, wie das in der Bundesrepublik der Fall war.

Auf der Seite der Unternehmen ist eine Entflechtung der bestehenden Kombinate unumgänglich, wenn nicht schon am Neubeginn eine wettbewerbsschädliche Konzentration wirtschaftlicher Macht stehen soll. Ferner ist eine Privatisierung erforderlich, um klare Verantwortlichkeit bei Dispositionsfreiheit einschließlich Konkursrisiko zu schaffen. Bei der Wahl der Organisationsformen privatisierter Unternehmen bestehen ebenso Gestaltungsspielräume wie beim sektoralen Ausmaß der Privatisierung. Das schließt auch staatliche Unternehmen ein. Allerdings lehrt die Erfahrung mit solchen Unternehmen in der Bundesrepublik, daß sie der disziplinierenden Wirkung privater Wettbewerber bedürfen und dabei immer noch insofern privilegiert sind, als sie sich bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten besonders leicht politische Hilfe verschaffen können.

Der bestehende Produktivitäts- und Wohlstandsunterschied zur Bundesrepublik läßt sich nur durch Modernisierung des Unternehmenssektors und der komplementären Infrastruktur beseitigen. Im Unternehmenssektor ist das sowohl durch Neugründungen (insbesondere in Form von Direktinvestitionen des westlichen Auslands) als auch durch Modernisierung bestehender Unternehmen möglich. Gerade bei letzteren dürften kurzfristige Produktivitätsreserven erschließbar sein. Finanzieren ließe sich ihre Erschließung auch durch Auslandsbeteili-

gungen. Die kurzfristige Produktivitätsentwicklung dürfte derjenigen vergleichbar sein, die beim Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft zum Teil durch den Ersatz zerstörter Teile von Produktionsanlagen möglich war. Erhöhte Arbeitsproduktivität hat aber in der Regel auch ihren Preis in Form von strafferer Arbeitsorganisation. Er ist zu zahlen, wenn Löhne zu Leistungslöhnen werden sollen.

Einschneidende Änderung der Lebensumstände

Schließlich dürften der Systemwechsel und die Modernisierung einen beträchtlichen Strukturwandel in Gang setzen. Das bedeutet aber auch, daß für den Abbau des Wohlstandsgefälles ein Preis in Form geringerer Arbeitsplatzsicherheit gezahlt werden muß. Er kann wiederum um so geringer sein, je attraktiver die DDR für ausländische Investoren und damit auch für neue Arbeitsplätze wird. Umsonst ist aber auch aus dieser Perspektive wirtschaftlicher Wohlstand nicht zu haben, obgleich diese Risiken durch den Aufbau einer Arbeitslosenversicherung in ihren Folgen gemildert werden können.

Akzeptanz einer solch einschneidenden Veränderung der Lebensumstände, wie sie mit einem Systemwechsel notwendig verbunden sind, setzt neben Hoffnung auf deren Besserung, genährt durch Anschauung, auch Einsicht in die Zusammenhänge und Vertrauen in die wirtschaftspolitisch Handelnden voraus. Dementsprechend gehören aufklärende Informationen und Mobilisierung wirtschaftspolitischer Führungsqualitäten sowie aufmerksame parlamentarische Kontrolle mit zu den Voraussetzungen eines reibungsarmen Systemwechsels. Hierin dürfte ein Hauptproblem für den erfolgreichen Wechsel bestehen.

Die erkennbaren Lasten des Systemwechsels, aber auch bestehende gesellschaftliche Grundvorstellungen können nicht ohne weiteres beiseite geschoben werden. In dem Sinne gibt es auch hier keine Stunde Null. Infolgedessen entsteht für die politisch Handelnden die besonders schwierige Aufgabe, den ordnungspolitischen Grundsätzen einer Marktwirtschaft inhaltlich und institutionell zum Durchbruch zu verhelfen und zugleich mögliche Vorbehalte abzubauen sowie anfallende Lasten erträglich zu verteilen. Das Ergebnis dürfte auch hier keine reine Marktwirtschaft sein. Vielmehr kommt es darauf an, einen „Verschmutzungsgrad“ der reinen Ordnungsform politisch zu finden, der die ökonomische Funktionsfähigkeit des Systems nicht in Frage stellt, aber hilft, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. Für das Finden eines solchen, stets neu zu überprüfenden Kompromisses dürfte den politisch Handelnden in der DDR allerdings wenig Zeit zur Verfügung stehen.